

Weitere Flüchtlinge braucht das Land

Von Angelika von Loeper

„Deutschland sollte sich in der Europäischen Union einsetzen, dass die Flüchtlinge besser verteilt werden, und mehr aufnehmen“, so der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann nach der Schiffskatastrophe am 3. Oktober 2013 vor der italienischen Insel Lampedusa, bei der mehr als 360 Menschen ertrunken sind. Unter den Todesopfern, die zu beklagen waren, befanden sich insbesondere Flüchtlinge aus Somalia und Eritrea. Kaum zehn Tage später, am 12. Oktober 2013, geriet ein weiteres Flüchtlingsschiff in Seenot, dabei kamen über 100 syrische Flüchtlinge ums Leben. Die Welle der Empörung war groß. Eine Schande für Europa, so formulierte u. a. Papst Franziskus. Jetzt müsse ein Umdenken stattfinden forderte auch der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz. Der Betroffenheit folgten jedoch schnell Maßnahmen, die auf Grenzsiche-

rung und Abschottung zielten: weitere Einsätze der Grenzschutzagentur Frontex im Mittelmeer, die Einführung des Grenzüberwachungssystems Eurosur und wie immer, wenn man nicht weiter weiß oder sich nicht festlegen will, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, einer Task Force, die bis Mitte 2014 Maßnahmen erarbeiten und vorschlagen soll. Kein Umdenken, alles soll so bleiben, wie es ist. Europa verschließt die Augen angesichts der Flüchtlingstragödien auf dieser Welt.

Im Jahr 2013 schafften insgesamt 13.853 Asylsuchende den Weg nach Baden-Württemberg, 9,5 Prozent von ihnen kamen aus Syrien. Im Rahmen der beiden im März und Dezember 2013 beschlossenen Bundesaufnahmekontingente von je 5.000 Personen wird Baden-Württemberg anteilig etwa 1.300 syrische Flüchtlinge aufnehmen. Bislang sind durch dieses Bundesprogramm bis Ende Januar 2014 aber erst 230 Flüchtlinge in Baden-Württemberg angekommen. Vergangenen Juli hat das Bundesinnenministerium den Ländern ermöglicht, selbst Aufnahmeprogramme für syrische Flüchtlinge aufzulegen, in Baden-Württemberg wurde daraufhin ein solches Programm für 500 Flüchtlinge beschlossen. Zuletzt hat Baden-Württemberg am 31.1.2014 eine Anordnung für ein weiteres Kontingent für 500 syrische Flüchtlinge erlassen, wonach hier lebende Syrer oder Deutsche syrischer Herkunft ihre in Anrainerstaaten geflohenen Verwandten nach Baden-Württemberg einladen können. Allerdings müssen die hier lebenden Verwandten tief in die Tasche greifen. Sie müssen vollständig für den Lebensunterhalt ihrer geflohenen Verwandten aufkommen: Für eine aufzunehmende Familie mit einem Kind sind 1.660 Euro netto im Monat von hier lebenden Verwandten per Verpflichtungserklärung nachzuweisen sowie pro aufzunehmendem Erwachsenen 345 und pro Kind 255 Euro. Außerdem tragen die hier lebenden Verwandten sämtliche anfallenden Kranken-

Dieses Foto wurde am 10. Oktober 2012 auf einer Exkursion bei Frontex anlässlich der Europäischen Asylkonferenz in Warschau aufgenommen. Damals wurde uns Eurosur mit dem Einsatz von unbemannten Drohnen (UAV) als Zukunftsvision vorgestellt.
Bild: Angelika von Loeper



kosten. Eine hohe Bürde für die Aufnahme ihrer verwandten Bürgerkriegsopfer. Dennoch war das erste Kontingent bereits zum Jahresende 2013 ausgeschöpft. „Wir möchten dem Anliegen einer großen Zahl hier lebender Syrer gerecht werden und den Weg offen halten, engen Angehörigen einen Weg aus der Notlage zu eröffnen“, sagte der baden-württembergische Innenminister Reinhold Gall anlässlich der zweiten Anordnung über die Aufnahme von weiteren 500 syrischen Flüchtlingen hier lebender Verwandter. Nicht nur die finanziellen, auch die bürokratischen Hürden sind extrem hoch. Ende Januar waren erst 133 syrische Flüchtlinge des ersten Landesaufnahmekontingentes eingereist. Es kann Wochen und Monate dauern, bis Flüchtlinge etwa bei der deutschen Botschaft in Beirut einen Termin zur Vorsprache erhalten. Inzwischen ist bereits von Korruption die Rede. Für die Vergabe eines Termins bei der deutschen Botschaft in Beirut sollen Flüchtlinge bis zu 800 Euro „berappen“ müssen.

Angesichts der großen Zahl von Flüchtlingen, die der seit drei Jahren andauernde grausame Bürgerkrieg in Syrien hervorgebracht hat, ist es kaum auszuhalten, wie langsam die Mühlen der Bürokratie mahlen, bis Schutz Suchende offiziell einen sicheren Weg in ein friedliches Leben antreten können. Etwa 9 Millionen Menschen sind innerhalb Syriens und in den Anrainerstaaten auf der Flucht. Der vier Millionen Einwohner zählende Libanon beherbergt derzeit etwa eine Million syrische Flüchtlinge, die größtenteils in äußerst prekären Situationen leben. Auch in den anderen Nachbarstaaten Syriens können die Flüchtlinge nicht auf einen Neubeginn in Sicherheit hoffen. In der Türkei sind mehrere hunderttausend Flüchtlinge im grenznahen Bereich in großen Zeltlagern untergebracht, Jordanien verschließt seine Grenzen aus Angst, zu viele palästinensische Flüchtlinge würden den Staat destabilisieren, in Ägypten fühlen sich syrische Flüchtlinge aufgrund der instabilen Verhältnisse unsicher. UNICEF veröffentlichte angesichts des 3. Jahrestages des syrischen Bürgerkrieges eine Studie über die katastrophale Situation der vom Bürgerkrieg betroffenen Kinder.

Angesichts der hoffnungslosen Lage nimmt es nicht Wunder, dass sich viele syrische Flüchtlinge selbst auf den Weg nach einer sicheren Zukunft begeben. Dabei nehmen sie auch lebensgefährliche Fluchtrouten in Kauf. Hier angekommen geraten die Flüchtlinge aber in die Mühlen der europäischen Zuständigkeitsverordnung Dublin III. Auch Überlebende der Schiffskatastrophe vom

12. Oktober vor Lampedusa, die mangels ausreichender Versorgung in Italien nach Deutschland weitergezogen waren, müssen ihre Rückschiebung nach Italien befürchten. Anderen droht die Abschiebung nach Rumänien, Ungarn oder Bulgarien. Gerade erst hat der UNHCR die europäischen Staaten gebeten, Abschiebungen im Rahmen von Dublin nach Bulgarien auszusetzen, da das Land mit der Aufnahme der Flüchtlinge überfordert sei. Dänemark hat nun aufgrund dieser systemischen Mängel Rückschiebungen nach Bulgarien ausgesetzt. Deutschland hat diese Abschiebungen bislang noch nicht ausgesetzt, sodass Flüchtlinge hier nach wie vor eine Abschiebung befürchten müssen. Manche verbringen die ersten drei Monate in Baden-Württemberg gar in Abschiebehaft wie ein syrischer Flüchtling berichtete. Er wurde letzten Herbst in Singen von der Polizei festgenommen. Nachdem ein Eurodac-Treffer aus Ungarn festgestellt wurde, hatte die Polizei Abschiebungshaft beantragt, dem das örtliche Amtsgericht umgehend stattgegeben hatte.

Das europäische Verteil-System Dublin ist nicht nur für die Flüchtlinge eine große Bürde. Sie kommen mit großen Erwartungen an und landen statt in Sicherheit in der Ungewissheit. Für die Staaten an den Außengrenzen bleibt die europäische Zuständigkeitsverordnung Dublin III auch nach ihrer Reform in höchstem Maße unsolidarisch. Nach der aktuellen Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge werden derzeit etwa 44% der Asylverfahren in Deutschland eingestellt. Hierbei dürfte es sich zum großen Teil um Verfahren von Asylsuchenden handeln, die bereits in einem anderen europäischen Staat erkenntungsdienstlich behandelt wurden.

Baden-Württemberg sollte sich an keinen Rückschiebungen in andere europäische Staaten mehr beteiligen, in denen Flüchtlinge Diskriminierung, Obdachlosigkeit und mangelnde medizinische Versorgung befürchten müssen. Das für Flüchtlinge und die europäischen Aufnahmestaaten an den Außengrenzen ungerechte Dublin Verteilsystem muss abgeschafft werden.

Ministerpräsident Kretschmann kann sich dafür einsetzen, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnimmt, indem Dublin-Rückschiebungen ausgesetzt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge um das Selbsteintrittsrecht – die Durchführung des Asylverfahrens in Deutschland – gebeten wird. Das Innenministerium könnte und sollte Polizei und Ausländerbehörden anweisen, keine Anträge auf Abschiebehaft im Rahmen von Dublin-Verfahren zu stellen.

Die Autorin:

Angelika von Loeper ist 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats BW und Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL